

HERDER KORRESPONDENZ

Monatshefte für Gesellschaft und Religion 53. Jahrgang Heft 6 Juni 1999

Politik als das ernste Spiel der Gemeinschaft der Freiheit muß die ganze Spannung der Freiheit austragen.

Klaus Hemmerle

Europa und sein Osten

Mitte Juni wird zum fünften Mal das Europäische Parlament direkt gewählt. Bei der ersten Direktwahl vor zwanzig Jahren schickten die Bürger von neun europäischen Ländern Abgeordnete nach Straßburg; diesmal sind es fünfzehn Staaten, in denen europäische Mandate vergeben werden. Aber noch immer ist das Europäische Parlament eine ausschließlich west-, süd- und nordeuropäische Versammlung. Keiner der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas ist zehn Jahre nach der „Wende“ Mitglied der Europäischen Union, und es dürfte noch viel Wasser die Weichsel, die Moldau oder die Donau hinabfließen, bis es soweit sein wird.

„Im Osten Enttäuschung, im Westen Gleichgültigkeit“ – so charakterisierte bei der kürzlich abgehaltenen Europatagung der Katholischen Weltunion der Presse ein österreichischer Journalist zutreffend die vorherrschende Stimmung. Es fehlt zwar nicht an schönen Worten über die gemeinsamen europäischen Werte, das verbindende kulturell-geistige Erbe oder den Bau einer europäischen Ordnung. Es gibt auch viele kleinere oder größere Initiativen und Projekte des Brückenschlags zwischen den jahrzehntelang politisch-ideologisch getrennten Teilen des Kontinents, vom Schüleraustausch bis zur kommunalen oder regionalen Zusammenarbeit. Aber in vieler Hinsicht ist Europa nach wie vor gespalten.

Ein ausgesprochen mühsamer Weg

Ökonomisch hat sich der Weg nach Europa für alle Reformstaaten als ausgesprochen mühsam erwiesen. Selbst die Länder, die nach der Wende mit relativ günstigen Voraussetzungen gestartet sind oder konsequent auf eine marktorien-

tierte Modernisierung ihrer Wirtschaft gesetzt haben, liegen noch deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnittsniveau beim Bruttosozialprodukt. Andere postkommunistische Länder befinden sich bei der durchgreifenden wirtschaftlich-sozialen Umgestaltung erst ganz am Anfang und müssen schon deshalb in den kommenden Jahren mit enormen Begleit- bzw. Folgeproblemen für erhebliche Teile der Bevölkerung rechnen.

Vielerorts hat der politisch-wirtschaftliche Systemwechsel unternehmerische Initiative und Kreativität am Markt freigesetzt, die unter dem Kommunismus verkümmert waren. Manche haben in den diversen wirtschaftlichen Grauzonen und Übergangsschwierigkeiten, die nicht zu vermeiden waren, das schnelle Geld gemacht und sind mehr oder weniger legal zu beträchtlichem Wohlstand gekommen, den sie zu Hause wie im Westen auch ungeniert zur Schau stellen. Aber gleichzeitig geht es vielen Menschen in mittel- und osteuropäischen Reformländern heute wirtschaftlich nicht besser oder sogar schlechter als in den letzten Jahren der kommunistischen Herrschaft, in denen das Regime politisches Wohlergehen auch mit sozialen Wohltaten zu sichern suchte, dadurch den ökonomischen Bankrott allerdings nur beschleunigte. Daß die zahlreichen „Wendeverlierer“ auf die Marktwirtschaft oder den „Kapitalismus“ nicht gut zu sprechen sind, kann nicht wunder nehmen.

Politisch besteht der frühere Ostblock heute aus recht stabilen wie ausgesprochen instabilen Regionen. In Ländern wie Polen und Ungarn sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freiheitliche Wirtschaftsordnung inzwischen so fest etabliert, daß massive Gegenbewegungen nach menschlichem Ermes-

sen nicht zu erwarten sind. Das läßt sich etwa für die Ukraine nicht behaupten und schon gar nicht für Rußland. Die baltischen Staaten fühlen sich in ihrer wiedergewonnenen Unabhängigkeit von Rußland nach wie vor bedroht und ein nationalistisch-kommunistischer Umschwung des Pendels im größten Land Europas würde weit in die Reformstaaten ausstrahlen. Der akute Unruheherd Balkan mit Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien wiederum wird Europa noch lange in Atem halten.

Zu kommunistischen Zeiten bestand eine klare Trennungslinie zwischen dem staatlich nicht gegängelten, vielfältigen Kulturbetrieb des Westens mit seiner Bandbreite von subventionierter Hochkultur über voll durchkommerzialisierte Massenkultur bis zu „alternativen“ Kulturszenen einerseits und dem Osten mit seinem Nebeneinander von musealisierter Pflege des jeweiligen nationalen Erbes, ideologisch überwachter und kanalisierter Kulturproduktion und dem „Samisdat“-Untergrund andererseits. Inzwischen ist bei der Alltags- und Konsumkultur der Westen flächendeckend in den Osten vorgedrungen: An die Stelle von staats- und parteitragenden Parolen traten schnell die aus unseren Breiten vertrauten Werbebotschaften.

Das Verhältnis zu Europa bzw. der eigene Platz in Europa werden in den Reformstaaten gerade auch *kulturell* definiert. Daß sie durch ihre Kultur und Geschichte ebenso zu Europa gehören wie Spanien, Deutschland oder Frankreich, das betonen immer wieder Kroaten wie Rumänen, Esten wie Polen. Gleichzeitig erlebt Rußland eine Neuauflage des seit den Reformen Peters des Großen virulenten Streits zwischen „Westlern“ einerseits und Befürwortern einer vom Westen deutlich abgegrenzten russischen Sendung und Kultur andererseits.

Religiös-kirchlich hatte die Teilung Europas durch den „Eisernen Vorhang“ zur Folge, daß außer der griechischen alle orthodoxen Nationalkirchen Europas unter kommunistische Herrschaft gerieten. Heute verläuft die spätestens seit der Kirchenspaltung des frühen Mittelalters bestehende Trennlinie zwischen westlich-römischem bzw. reformatorischem und östlich-byzantinischem Christentum quer durch die Staatenwelt Mittel-, Südost- und Osteuropas, mit entsprechenden Folgewirkungen: Der katholische wie protestantische Westen Europas ist auf neue Weise mit Glaubenswelt, Frömmigkeit und kulturprägender Wirkung der Orthodoxie konfrontiert. Im Osten wiederum kommen alte Ängste, Spannungen und auch Vorurteile zwischen den beiden Hauptsträngen der christlichen Tradition wieder hoch und lassen sich auch zu politischen Zwecken instrumentalisieren, nicht zuletzt auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien.

Zu den konfessionellen Spannungen, die das Bild der Osthälfte Europas heute mitprägen, kommen Verständigungsprobleme innerhalb der Kirchen bzw. Konfessionsfamilien. Für viele Katholiken in Westeuropa etwa ist der Katholizismus, der ihnen heute in Litauen oder Slowenien,

Rumänien oder der Slowakei begegnet, eine ziemlich fremde Welt. Sie stehen kopfschüttelnd oder verunsichert vor einer Volksreligiosität und einer selbstverständlichen Kirchlichkeit, die sie zu Hause meist nur noch als Kindheitserinnerung oder aus Erzählungen kennen. Das gilt gerade auch zwischen den beiden Nachbarländern Deutschland und Polen, deren Verhältnis für die Stabilisierung eines nach Osten erweiterten Europa von besonderer Bedeutung ist.

Der Westen hat nach wie vor eine Bringschuld

Was kann und muß dann also getan werden, damit das zehn Jahre nach der Wende noch sehr unfertige Projekt eines Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ oder auch „vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ nicht scheitert, sondern ein Erfolg wird oder doch jedenfalls in der kommenden Entwicklungsphase gedeihlich vorankommt? Zuallererst ist hier festzuhalten: Der Westen hat gegenüber dem Osten nach wie vor eine große *Bringschuld*.

Die Menschen in Ungarn oder Bulgarien, der Ukraine oder Lettland haben sich das kommunistische System mit seiner Verbindung von ideologischer Gängelung, politischer Entmündigung und ökonomischer Ineffizienz nicht selber ausgesucht, auch wenn sich ein großer Teil von ihnen im Lauf der Jahrzehnte mit diesem System mehr oder weniger arrangiert oder abgefunden hat. Man hat sie nach der zwar durchaus voraussehbaren, in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt aber doch überraschenden Wende ins kalte Wasser von gesellschaftlichem Pluralismus, Marktwirtschaft und Demokratie geworfen und ihnen damit gewaltige Umstellungen in allen Bereichen ihres Lebens abverlangt. Sie haben – wenn auch in unterschiedlichem Maß – diese Herausforderung angenommen und beim Neuaufbau große Hoffnungen auf das freie Europa gesetzt.

Deshalb darf Europa sie jetzt auch nicht enttäuschen, indem etwa die Europäische Union die Aufnahme neuer Mitglieder aus dem Kreis der Reformstaaten über Gebühr erschwert und zeitlich hinausschiebt. In mehreren EU-Ländern gibt es politische Kreise, die aus den vielfach anzutreffenden Bedenken gegenüber der Osterweiterung Kapital schlagen möchten. Es ist an den Regierungen und den Parteien, die sich immer für die europäische Sache stark gemacht haben, solchen Tendenzen entschieden entgegenzutreten und den Menschen in ihren Ländern gleichzeitig über die nicht zuletzt auch finanziellen Konsequenzen der politisch und moralisch gebotenen Erweiterung der Europäischen Union reinen Wein einzuschenken. Daß dabei Deutschland wie Österreich schon aufgrund ihrer geographischen Lage eine besondere Verantwortung zukommt, versteht sich von selbst.

Für die *kirchliche Integration* in Europa braucht es keine Beitrittsverhandlungen. Vorsitzender des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen ist der Prager Erzbischof, Kardi-

nal Vlk; die Präsenz von Vertretern aus den Reformstaaten ist bei den diversen kirchlichen Treffen auf europäischer Ebene inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig ist das Verhältnis zwischen Ost und West aber nach wie vor asymmetrisch, weil der kirchliche Aufbau zwischen Litauen und Albanien zu einem erheblichen Teil durch Zuwendungen aus den westeuropäischen Kirchen finanziert wird.

Auf solche Hilfen werden jedenfalls die meisten Ortskirchen in den Reformstaaten noch länger angewiesen sein, weil die eigenen Mittel für die anstehenden pastoralen und sozialen Aufgaben nicht ausreichen. Deshalb braucht es weiterhin in Deutschland, Österreich, der Schweiz und anderswo im westlichen Europa die Bereitschaft der Gläubigen und der entsprechenden kirchlichen Stellen, die materielle wie ideelle Solidarität mit den Christen im früheren Ostblock aufrechtzuerhalten und wo nötig zu intensivieren. Es wäre jedenfalls ein fatales Signal, würden ausgerechnet die durch den gemeinsamen Glauben verbundenen Christen und ihre Kirchen den Brückenbau zwischen West und Ost vernachlässigen oder zu einer untergeordneten Pflichtübung herunterstufen.

Letztlich hängt dieser Brückenbau an den einzelnen Menschen: Daß Wilna und Lemberg, Klausenburg und Sofia wieder „dazugehören“, ebenso Teil Europas sind wie Marseille und Lissabon, Birmingham und Neapel, ist auch zehn Jahre nach der Wende vielen Zeitgenossen in der Westhälfte Europas noch nicht wirklich ins Bewußtsein gedrungen. Verglichen mit den großen Touristenströmen an die südeuropäischen Küsten oder in die westeuropäischen Metropolen sind Reisen nach Polen, in die Slowakei oder in die baltischen Staaten nur schmale Rinnsale. Am ehesten blüht in West-Ost-Richtung der grenznahe Einkaufstourismus, der vom Preisgefälle etwa zwischen Deutschland und Polen profitiert.

Den Glauben für den weiteren Aufbruch Europas fruchtbar machen

Man sollte sich keine Illusionen machen: Es wird kaum gelingen, aus der Mehrzahl der Westeuropäer überzeugte und kundige Anwälte der mittel- und osteuropäischen Reformländer zu machen. Schon in der heutigen EU weiß man ja – auch kirchlich – meist ziemlich wenig voneinander. Aber es gibt viele Ansätze, die weiterverfolgt und ausgebaut werden können, von zweisprachigem Unterricht an Gymnasien im deutsch-tschechischen Grenzgebiet über den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern bis zu Kontakten zwischen Pfarrgemeinden diesseits und jenseits der früheren politisch-ideologischen Trennungslinie in Europa. Auch die deutsch-französische Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg ist schließlich aus vielen kleinen – nicht zuletzt kirchlichen – Begegnungen gewachsen.

Schon die Europäische Union der Fünfzehn ist ein *vielfältiges Gebilde*. Sie hat Mitglieder, die ausgesprochen europafreund-

lich sind und solche, die weiteren Integrationsritten eher mit halbem Herzen entgegensehen. Sie ist ein Zusammenschluß von Nationalstaaten, von denen sich einige in einem Prozeß der inneren Ausdifferenzierung befinden: Man denke nur an Großbritannien mit den erweiterten Rechten für Schottland und Wales oder Spanien mit seinen nach noch mehr Eigenständigkeit strebenden Regionen, vor allem dem Baskenland und Katalonien.

Je stärker sich Europa auch institutionell nach Osten ausdehnt, desto größer wird diese Vielfalt werden. Es stehen Länder mit ethnisch-nationalen Minderheiten auf der Warteliste (die Slowakei und Rumänien gehören ebenso dazu wie die baltischen Staaten); die religiös-kirchliche Palette erweitert sich dadurch, daß zum katholischen und reformatorisch-anglikanischen Block ein in sich wiederum vielfältiger orthodoxer tritt. Auch beim politisch-wirtschaftlichen Integrationsniveau wird es auf absehbare Zeit Unterschiede zwischen den einzelnen Reformstaaten geben bzw. geben müssen, vom Sonderproblem Rußland und dessen Platz in Europa einmal ganz abgesehen.

Ziel der weiteren Integration der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten in Europa kann und darf also nicht sein, ihre kulturellen und religiösen Prägungen zugunsten einer einheitlichen Euronorm abzuschleifen. Auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Bemühen um soziale Gerechtigkeit sollen sie vielmehr gerade ihren in der jeweiligen Geschichte entstandenen Beitrag zum europäischen Konzert leisten. Das setzt allerdings voraus, daß größere Erschütterungen der politischen und wirtschaftlichen Lage ausbleiben und die Entwicklung insgesamt nicht spannungsfrei, aber doch in geordneten Bahnen und ohne nationalistische Verhärtungen weiterläuft.

Auch die Frage nach der Rolle der *Religion* im künftigen Europa erhält durch das zu erhoffende weitere Zusammenwachsen neues Gewicht. Mit den heillos vereinfachenden Schemata, wonach die Rettung für das Christentum in Europa aus dem gläubigen und tief religiösen Osten kommt oder umgekehrt die westeuropäische Welle der Säkularisierung und Entkirchlichung die traditionellen religiös-kirchlichen Prägungen in den Reformstaaten sehr schnell unter sich begraben wird, ist inzwischen kein Staat mehr zu machen. Die Wirklichkeit hat sich auf beiden Seiten als komplexer und widersprüchlicher erwiesen, wenn auch mancher das erst noch lernen muß.

Aber die Wende von 1989 wurde vielfach von Gläubigen vorbereitet und maßgeblich mitgestaltet – von Katholiken, Protestanten und Orthodoxen. Viele hatten dem christlichen Glauben diese Kraft nicht mehr zugetraut. Das müßte Christen in West und Ost, in Deutschland oder Frankreich wie in Ungarn oder der Ukraine heute doch dazu ermutigen, ihren Glauben und ihre Hoffnung für den weiteren Aufbau Europas fruchtbar werden zu lassen.

Ulrich Ruh